

Opposition ärgert Regierung mit Gorleben

SPD, Grüne und Linke beantragen einen Untersuchungsausschuss, der die Vorgeschichte des einzigen Endlagerkandidaten aufklären soll

Von Nikolai Fichtner, Berlin

Die Oppositionsparteien im Bundestag wollen die Regierung noch vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl mit dem Problem der Atomendlagerung konfrontieren. Am Donnerstag beantragten SPD, Grüne und Linke gemeinsam einen Untersuchungsausschuss, der die Festlegung auf den bislang einzigen Endlagerkandidaten Gorleben aufklären soll.

Was wollen die Abgeordneten aufklären? Im vergangenen Jahr tauchten Dokumente auf, nach denen Mitarbeiter der Bundesregierung kritische Studien zur Eignung von Gorleben nachträglich abschwächten. Der Vorfall ist 27 Jahre her. Im Juli 1983 beschloss das Kabinett Kohl dann, sich bei der Endlagersuche auf Gorleben zu konzentrieren.

Der Ausschuss soll nun klären, ob es "politische Vorfestlegungen oder Vorgaben bezüglich des Standorts Gorleben als Endlager gab", wie es im Antrag heißt. Wurden wissenschaftliche

Gutachten von der Politik beeinflusst? Warum hat man sich so schnell auf Salz konzentriert und nicht auch andere Wirtsgesteine untersucht? Akteneinsicht und Zeugenbefragungen sollen neue Erkenntnisse bringen.

Warum die Mühe, wenn doch alles so lange her ist? Inoffiziell geht es darum, in der aktuellen Debatte um längere Atomlaufzeiten das Endlagerproblem auf die Tagesordnung zu setzen. Schließlich bedeuten längere Laufzeiten mehr Atommüll. Gerade im Wahlkampf ist die Endlagerung ein wunder Punkt der Atombefürworter.

Was bedeutet der Untersuchungsausschuss für die Zukunft Gorlebens? Findet der Ausschuss Belege dafür, dass Gorleben aus politischen und nicht aus geologischen Gründen gewählt wurde, würde das "alle wissenschaftlichen Untersuchungen entwerten", glaubt SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. Wird Gorleben tatsächlich zum Endlager erklärt,

wird es mit Sicherheit Klagen geben. Zweifel am Verfahren könnten vor Gericht eine Rolle spielen. Gorleben könnte irgendwann politisch so diskreditiert sein, dass die Bundesregierung neu suchen muss. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat sich noch nicht festgelegt, ob er weitere Standorte erkunden lassen will.

Wie geht es jetzt konkret weiter in Gorleben? Das zehnjährige Moratorium läuft bald aus, dann soll die Erkundung weitergehen. Doch zunächst muss ein neuer Betriebsplan her, die Rechtsgrundlage für das Erkundungsbergwerk. Der alte Plan läuft im Oktober aus, der neue muss bis Ende März beantragt werden, wenn Röttgen keine Zeit verlieren will. Die SPD will nun noch im März einen Antrag einbringen, der Röttgen genau das verbietet. "Wir erwarten vom Bundesumweltminister, dass er die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abwartet", sagte Kelber der FTD.